

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 138

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit illust. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Montag, den 25. November

Anzeigenpreis: die einseitige Beilage 12 Bfg., für auswärts 20 Bfg., Reklamenseite 50 Bfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Die nächste **Krankensachen-Ausgabe** (Butter) bei Frau Elise Becker, Oberstraße, findet am Dienstag, den 26. November, nachm. von 4-6 Uhr statt.

Bei Frau Elise Becker, Oberstraße, ist noch **ausländische Stangenseife** zum Preise von 4.85 Mark das Stück (1/4 Pfd.) zu haben.

Rüdesheim, den 22. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Morgen, Dienstag, den 26. November, von vorm. 9 Uhr an, werden an der Bahn **rote Möhren** ausgegeben. Quittungen von 8 Uhr vorm. an auf Zimmer Nr. 4 der Bürgermeisterei.

Der Zentner kostet 15 Mark.

Rüdesheim, den 25. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Frauen, die an einem **Lehrgang für Erbschaftssteuer** teilnehmen würden, werden gebeten, sich unter Angabe von Name, Stand, Wohnung bis zum 27. ds. Mts., schriftlich beim Magistrat hier zu melden.

Rüdesheim, den 21. November 1918.

Der Magistrat: J. B.: Kubale.

Ausfall der Volkszählung.

Auf Anordnung der Reichsleitung findet die für den 4. Dezember ds. J. vorgesehene Volkszählung nicht statt.

Rüdesheim, den 18. November 1918.

Der Landrat.

Betr. die Einstellung der Erzeugung von Heeresbedarf.

Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat bestimme ich für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes:

1. Rohstoffe jeder Art, insbesondere Leder, Metall und Textilstoffe die in ihrer jetzigen Form ohne weitere Bearbeitung zu Friedenszwecken verwendet werden können, dürfen zur Erzeugung von Kriegsmaterial nicht mehr verarbeitet werden.

2. Keine Munitionsbetriebe sind am 22. November 1918 still zu legen. Als solche kommen in Betracht:

- Munitionsbetriebe, die vor Ausbruch des Krieges der Metallindustrie nicht angehörten.
- Munitionsbetriebe, die nicht in der Lage sind, sofort eine größere Anzahl ihrer Arbeiter mit Friedensarbeit zu beschäftigen.

3. Gemischte Betriebe.

Den Stammbetrieben der Metallindustrie wird gestattet, ihre Herstellung von Gegenständen, die lediglich Kriegszwecken dienen, allmählich abzubauen. Die Erzeugung solcher Gegenstände ist jedoch spätestens am 6. Dezember 1918 abends völlig einzustellen.

Wiesbaden, den 21. November 1918.

Der Demobilisationskommissar.

In Vertretung: gez. Rötter.

Betr. Kreditgewährung an Kriegsteilnehmer.

Ereignisse der neueren Zeit lassen eine baldige Demobilisierung und damit Rückkehr der einberufenen Handwerker erwarten. Dabei wird manchem eine wirtschaftliche Beihilfe durch Kreditgewährung nötig oder erwünscht sein. Wir machen deshalb wiederum ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unter der Verwaltung der Ruff. Landesbank eine Kriegshilfs-

kasse durch den Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden mit dem Zweck errichtet ist, Kriegsteilnehmern oder deren Angehörigen aus den Kreisen des selbständigen Mittelstandes durch Gewährung von Darlehen Hilfe zu leisten. Voraussetzung ist, daß die betreffenden durch den Krieg in Bedrängnis geraten und zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit auf diese Hilfe angewiesen sind. Das Darlehen soll in jedem einzelnen Fall 3000 M. nicht übersteigen. Es kann auch in Form der Eröffnung eines Kredits zur Verfügung gestellt werden. Der Zinssatz soll 4 Prozent nicht übersteigen. Das Darlehen soll regelmäßig für ein Jahr gewährt, kann indessen von Jahr zu Jahr bis zum 1. Januar 1926 verlängert werden. Die Rückzahlung kann in Raten geschehen.

An die Vorstände der Innungen und gewerblichen Vereinigungen des Kammerbezirks richten wir daher die dringende Bitte, im Kreise ihrer Mitglieder festzustellen, wer in diesem Sinne die Hilfe der Ruff. Kriegshilfskasse in Anspruch nehmen will, und uns dies hierher zu berichten. Demnächst werden wir dem Vorstand oder dem Antragsteller direkt die nötigen Formulare für die ordnungsmäßige Antragstellung zusenden und daraufhin das weitere veranlassen.

Wiesbaden, den 12. November 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende:

Sarkens.

Der Syndikus:

Schroeder.

Eine neue Note an die Gegner.

Berlin, 23. Nov. (B. B.) An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

„Im Vertrauen auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens wandte sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Wilson. An Stelle des erwarteten, von Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit und vom Wunsche einer zukünftigen Versöhnung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen, sie wollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen das schwergeprüfte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dieses der Menschlichkeit hohnsprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet sein, dem Deutschen Reiche den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr stichhält, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung sieht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Attentat gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder nur nichts anderes ankommt, als auf Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes.“

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wandte sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wenn endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk einen An-

fang machen wollen. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die geübten und ermüdeten deutschen Truppen durch Nichterfüllung von unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges. Wenn der Friede als Rechtsfrieden geschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen in rechtlich strittigen Fragen nicht vorgegriffen werden. Die deutsche Regierung muß diesem, vom Präsidenten aufgestellten Grundsatz gegenüber feststellen, daß sie von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßregeln, ebenso wie die Verjahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelnen Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Österreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes sind, als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.

Gegen alle diese Versuche wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung scharfen Protest ein. Aus der Gesinnung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, wird aber nicht aufhören, das Leben und sein Recht zu fordern.

Berlin, den 23. November 1918

(gez.) Solf, Staatssekretär.“

Spaa, 21. Nov. (B. B.) In der heutigen Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission teilte General Nudant mit, daß Marschall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere also die Verlängerung der Räumungsfristen — abgelehnt habe und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an Hand der Karte, unter Angabe von Zahlen ausgeführt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, in den festgelegten Fristen eine Armee von über 300000 Mann in Ordnung auf schlechten engen Straßen über die wenigen Rheinübergänge zurückzuführen, erklärte General Nudant, daß er derartige Mittelungen künftig nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unabänderlich. Die Lage sei einmal so und nicht anders. Das sei unser schwacher Punkt. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser. General Winterfeldt verlas hierauf die weitere mitgeteilte Protestnote. Auch in den Beratungen der Sonderkommissionen für Materialabgaben, Transportwesen, Gefangenenerückgabe usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der Rücksichtslos seine Macht ausnützt. Die Forderungen, die bezüglich der Beschaffenheit des zu liefernden Materials, hinsichtlich dessen Bereitstellung und dergleichen erhoben werden, sind praktisch unerfüllbar. Obwohl Marschall Foch bereits bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes auf die Undurchführbarkeit der Bedingungen feierlich hingewiesen war und dieser Hinweis seitdem wiederholt vorgebracht worden ist, so sucht er offenbar seinen Triumph darin, die aufgezwungenen Bedingungen aufs schärfste zu seinen Gunsten ausulegen und mit größter Strenge durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob Tausende, vielleicht Hunderttausende, auf dem Rückzuge vor Erschöpfung am Wege umkommen oder in Gefangenschaft geraten. Auch ob unser ganzes Transport- und Ernährungssystem zusammenbricht, Hungersnot und Arbeitslosigkeit zu wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, scheint den erbarmungslosen Franzosen gleichgültig zu sein.

Spaa, 21. Nov. (B. B.) General v. Winterfeldt übergab in der heutigen Vollsitzung der Waffenstillstandskommission folgenden Protest: „Eine deutsche Heeresgruppe meldet: Entgegen den Zusagen zu den Waffenstillstandsbedingungen,

wonach die Truppen unserer Gegner unseren Truppen derart folgen sollen, daß eine Sicherheitszone von 10 Kilometern zwischen den gegenüberstehenden Streikkräften stets gewahrt bleibt, sind französische Truppen bereits am 17. November, 6 Uhr abends, in Schlettstadt eingerückt und haben dort erstens das 2. Ers. Bat. Regt. 2, zweitens den Divisions-Bautrupps und drittens das Uebergabekommando für den Armeenachrichtenpark Schlettstadt unter Leutnant Schafert festgehalten und interniert. Die nach Schlettstadt gesandten Parlamentäre sind unverrichteter Sache zurückgekehrt. Ebenso führte ein an die Heeresgruppe Castellnu gerichteter Funkpruch um Freigabe der internierten Truppen zu keinem Ergebnis. Eine Berechtigung zur Festnahme der aufgeführten Truppenteile lag nicht vor. Daß die Franzosen an dieser Stelle nicht bestrebt waren, die Festsetzungen des Waffenstillstandes einzuhalten, zeigten sie auch dadurch, daß sie in den nächsten Tagen von Schlettstadt aus unseren Truppen unmittelbar folgten. Es wird gebeten, die Freigabe der widerrechtlich festgehaltenen deutschen Truppenteile zu veranlassen. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Uebergabekommandos ihre Aufgabe nicht erfüllen können, wenn sie festgehalten und interniert werden. Zugleich wird mitgeteilt, daß noch am 18. Nov. gegenüber der 4. deutschen Armee Parlamentäre, die die Uebergabe von Waffen vereinbaren wollten, abgewiesen wurden. Eine ordnungsmäßige Abgabe, wie sie von der Waffenstillstandskommission gewünscht wird, ist bei solchem Verhalten nicht möglich."

Frankreichs Haß

Bern, 23. Nov. (B. L. B. Nichtamtlich) Die nationalistischen Blätter Frankreichs meinen, die Note Solfs sei ein Expreßversuch und müsse als solcher glatt abgewiesen werden. Deutschland müsse sich endlich darin schicken, daß es glatt kapituliert habe, besiegt sei und sich fügen müsse. „Petit Parisien“ meint, die Hungersnot in Deutschland könne ja nicht so ara sein, da der deutsche Boden bestellt worden sei. Die Deutschen sind und bleiben Varditen, ihr Schicksal berühre uns nicht. Nur die Interessen der Alliierten sind zu berücksichtigen. Mit wilden Tieren soll man nicht schonend umgehen. Schließlich verlangt das Blatt, daß die Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen von Seiten der Deutschen, wie sie bei der von den Deutschen veranlasserten Explosion auf dem Brüsseler Bahnhof vorgekommen sei, nachdrücklich bestraft und zu Repressalien ausgenützt werden soll. „Echo de Paris“ meint, man brauche die deutsche Note nicht weiter zu berücksichtigen. Sie habe Ausschluß über die Doppelsinnigkeit des Feindes. Deutschland sei wie ein verrundetes Tier und versuche, die schwachen Stellen des Gegners zu entdecken. Wenn Deutschland mit dem Volksweltmus drohe, so wisse die Entente, daß das Uebel in Rußland zu suchen sei und dort niedergeworfen werden müsse.

Wilson's Warnung

Berlin, 23. Nov. Aus zuverlässiger Quelle wollen verschiedene Blätter berichten können. Wilson habe durch Vermittlung einer neutralen Regierung der jetzigen Berliner Regierung mitteilen lassen, er warne ernsthaft davor, in Berlin Unruhen zu dulden oder einen neuen Vertreter der Moskauer Sowjetregierung in Berlin zuzulassen, da die Entente entschlossen ist, den Waffenstillstand zu kündigen, wenn diese Warnung kein Gehör finde.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird geschrieben: Man weiß auf Seiten der Herren, die die Nationalversammlung auf die leichte Schulter nehmen möchten, ganz genau, daß die Regierung unbedingt für die Einberufung der Konstituante ist und sein muß, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Einberufung der Nationalversammlung bestehen Verschiedenheiten der Auffassung. Es ist zu hoffen, daß in dem Anfang der nächsten Woche in Berlin zusammentretenden Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Einheitlichkeit in dieser Hinsicht bestehen wird. Die Einheitlichkeit des Reiches muß unter allen Umständen gewahrt werden. Der Entwurf zu den Wahlen wird auf dem Boden des erweiterten Reichstagswahlrechtes in Verbindung mit dem durch das ganze Reich hindurchgehenden Proportionalwahlrecht aufgebaut werden. Wirtschaftliche Eifer sucht zwischen Nord und Süd kann heute kaum in Frage kommen.

Das amerikanische Friedensangebot 1917

Berlin, 22. Nov. Zu der im gestrigen Blatte wiedergegebenen Erklärung des bayerischen Finanzministers Prof. Dr. Jaffé wird vom Auswärtigen Amt erwidert:

„Es ist unzutreffend, daß gewisse Mitteilungen des Herrn Dr. Jaffé an den Unterstaatssekretär von dem Botschafter gelangt sind. Sie sind aufrichtig und aufmerksam geprüft worden. Aber es handelte sich um nicht genügend autorisierte Mitteilungen, die Herr Jaffé von seinem Gewährsmann in der Schweiz erhalten hatte. Der betreffende Amerikaner galt dem Auswärtigen Amt damals nicht als zuverlässig. Diese Auffassung ist durch spätere Vorgänge bestätigt worden. Es stellte sich besonders heraus, daß die Beziehungen, die dieser Amerikaner zum Präsidenten Wilson haben wollte, nicht so waren, wie er sie angegeben hatte.“

Die deutschen Kriegsgefangenen

Berlin, 22. Nov. (B. L.) In weiten Volkskreisen werden Gerüchte verbreitet, wonach deutsche Kriegsgefangene nach Friedensschluß zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte stützen sich auf den Umstand, daß Deutschland bereits beim Abschluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefangenen zurückgegeben hat, seine eigenen aber nicht erhält. Alle diese und ähnliche Redungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen noch zu Gunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht:

1. Die Heimbesorgung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weitergehen.

2. Alle zu Gunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge bezüglich Behandlung, Beköstigung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagsruhe usw. bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.

3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Berlin, 22. Nov. Ueber das neue Stenographengesetz erfahren wir folgendes: Nach diesem Gesetz ist es verboten, Wertpapiere anders ins Ausland zu bringen als durch Vermittlung der Banken. Ferner ist ein Verbot für die Errichtung eines Kontos unter falschem Namen erlassen worden. Die Bank hat sich über die Persönlichkeit des Antragstellers zu vergewissern. Auf eine Ueberschreitung dieses Verbotes sind sehr hohe Strafen gesetzt, nämlich 100000 Mark Geldstrafe oder drei Monate Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Berlin, 22. Nov. (B. L.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung:

„Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insonderheit der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich einen Rechtsittel für die Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst der Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus den Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.“

Berlin, 22. Nov. Der Volksbeauftragte Scheidemann erklärte heute vor einem größeren Kreis von Pressevertretern, daß die Zensur vollkommen aufgehoben sei. Seine Instanz habe das Recht, zu irgend welchen Zensurmaßnahmen zu greifen, und falls sich irgend welche Stellen Zensurreingriffe erlaubten, so sei die Presse nicht verpflichtet, diesen Folgen zu leisten. Eine baldige Einberufung der Konstituante sei unbedingt notwendig, damit wir den Frieden bekämen, den wir ohne Konstituante nicht haben könnten. Das sollten sich alle die sagen, die darauf ausgingen, die Konstituante zu verhindern. Scheidemann erklärte weiter mit, daß gestern wahrscheinlich größere Bestandteile deutscher Truppen bei ihrem Rückmarsch gefangen genommen worden seien, aber bei den schweren und drückenden Waffenstillstandsbedingungen hätten die Räumungszeiten nicht immer innegehalten werden können. Die Franzosen gingen bei dem Nachrücken in die von uns geräumten Gebiete sehr rigoros vor, während die Amerikaner viel mehr Verständnis zeigten. Es scheint festzustehen, daß in Schlettstadt deutsche Truppen gefangen worden seien, bevor der Termin der Räumung überhaupt abgelaufen war.

Berlin, 22. Nov. (B. L.) Zu einer Schießerei, bei der drei Personen den Tod fanden und mehrere verletzt wurden, kam es in der vergangenen Nacht am Polizeipräsidium. Am Donnerstag fand in der Müllerstraße eine stark besuchte Versammlung statt, in der Karl Liebknecht über die Aufgaben der Revolution sprach. Er sprach sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung wandte und für die Uebernahme der gesamten öffentlichen Gewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte eintrat. Nach dem Vortrag erzählte ein Soldat, es seien noch mehrere Kameraden, die mit ihm hätten das Schloß kürmen helfen, später ebenso wie er verhaftet worden und seien im Poli-

zeipräsidium noch in Haft. Ein anderer Teilnehmer der Versammlung forderte auf, nach dem Alexanderplatz zu ziehen und diese politischen Gefangenen zu befreien. Dieser Aufforderung folgten mehrere hundert Personen. Während einer Abordnung im Polizeipräsidium mit dem diensttuenden Beamten verhandelte, gab ein junger Mann einen Pistolenschuß ab, wodurch ein Soldat der Sicherheitswache getötet wurde. Darauf eröffnete die Wache ein heftiges Gewehrfeuer, und die Menge ergriff die Flucht. Der ganze Vorfall ist um so bedauerlicher, als nicht nur ein Mann der Sicherheitswache sein Leben einbüßte. Er hätte auch vermieden werden können, wenn man zunächst beim Polizeipräsidenten sich darüber Klärung geholt hätte, ob politische Gefangene sich überhaupt in dem Polizeigefängnis befänden; und das war nicht der Fall. Es wurden im Gegenteil nur solche Gefangenen gewaltsam befreit, die wegen Diebstahls und Lebensmittelschleibungen eingekerkert waren. Die Freilassung solcher Leute dient aber nicht dazu, die Sicherheit in Berlin zu erhöhen.

Berlin, 22. Nov. (B. L.) Verschiedene Kommissionen, besonders in den östlichen Provinzen, lassen es angezeigt erscheinen, erneut darauf hinzuwirken, daß in der deutschen Republik dem politischen Betätigungsrecht der Beamten selbstverständlich keinelei Schranken mehr gezogen sind. Es müsse auf das entschiedenste dagegen eingeschritten werden, wenn den Beamten aus der Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei oder der Betätigung irgendeiner politischen Forderung behördliche Nachteile erwachsen würden.

Berlin, 22. Nov. Der unabhängige sozialdemokratische Führer Eduard Bernstein, der bekanntlich als Staatssekretär dem Reichschatzamt angehört, warnt in dem Berliner Organ der Unabhängigen, der „Freiheit“, in einem bemerkenswerten Artikel vor einem scharfen Eingriff in das Wirtschaftsleben. In dem Artikel heißt es u. a.: Es hängt viel davon ab, ob unter der neuen Regierung die Volkswirtschaft eine gute Entwicklung nimmt, ob die Maschinen laufen und Handel und Gewerbe in Fachkreisen ihre Kräfte rauben. Kein Unternehmer kann auf die Dauer Maschinen laufen lassen, wenn die Unternehmen passiv wirtschaftet. Für unser weitverzweigtes Wirtschaftsleben ist die Sicherheit eines Rechtszustandes unerlässliche Lebensbedingung. Wo es fehlt, gibt es keine Einführung neuer Arbeitsmethoden, keine Erneuerung von Maschinen, keine Warenbestellungen. Das hätte den Notstand auf allen Gebieten und zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge. Bernstein weist ferner auf die horrenden Rückgänge der Einnahmen der russischen Sowjetregierung wachend hin.

Eberfeld, 22. Nov. Das Geschäftsblatt der „Freien Presse“, des Organs der sozialdemokratischen Mehrheit, wurde heute früh von der unabhängigen und einem Trupp bewaffneter Soldaten besetzt. Vor dem Haus wurden Posten aufgestellt. Die Schriftleitung mußte das Haus räumen. Die alte sozialdemokratische Partei wird unter der bisherigen Leitung ein neues Blatt mit dem Namen „Vorwärts“ herausgeben.

Die Trennung von Staat und Kirche

Köln, 22. Nov. Erzbischof Kardinal Hartmann hat laut „Köln. Volkszeitung“ an die preussische Regierung folgendes Schreiben gerichtet:

„Die mir zuverlässig mitgeteilt wird, beabsichtigt die gegenwärtige Regierung bereits in den nächsten Tagen durch eine Verordnung die Trennung von Staat und Kirche vom 1. April 1919 ab einzuführen. Hiergegen lege ich namens der sämtlichen Bischöfe Preußens feierlich Protestation ein, weil die geplante Maßnahme ein prägnanter Rechtsbruch ist. Die jetzige Regierung kann nicht als berechtigt angesehen werden, bestehende Gesetze aufzuheben durch die geplante Trennung, die nicht nur eine Reihe Gesetze, sondern auch Verfassungsurkunden verletzt. Durch die Trennung wird die katholische Kirche Rechte geraubt, die ihr gesetzlich zugesichert sind auf Grund von rechtsverbindlichen Verträgen und auf Grund der Ersatzpflicht für Güter, die ihr durch die staatliche Gewalt genommen sind. Wenn beabsichtigt wird, diese Trennung auf dem Wege einer bloßen Verordnung und nicht durch die Gesetzgebung vollziehen, so ist das keine gesetzliche Maßnahme, sondern ein Akt willkürlicher Gewalt.“

Der Thronverzicht in Baden

Karlsruhe, 23. Nov. Die badische vorläufige Volksregierung erklärt heute vormittag die Erklärung, daß der Großherzog Friedrich II. von Baden dem Thron entsagt hat. In der Kundmachung der Volksregierung heißt es u. a.:

Der Großherzog hat im Interesse des badischen Volkes die Forderungen aus der von ihm verkündeten Erklärung, daß der Großherzog Friedrich II. von Baden dem Thron entsagt hat, in der Kundmachung der Volksregierung bekräftigt. Die badische Volksregierung hat die Erklärung, daß der Großherzog Friedrich II. von Baden dem Thron entsagt hat, in der Kundmachung der Volksregierung bekräftigt. Die badische Volksregierung hat die Erklärung, daß der Großherzog Friedrich II. von Baden dem Thron entsagt hat, in der Kundmachung der Volksregierung bekräftigt.

Der Großherzog erklärt in einem Aufruf, daß das badische Volk, nachdem ihm bekannt geworden sei, daß viele Badener sich durch den Treubruch ihrer Gewissen gekemmt fühlen, bei der Entscheidung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es für besten erachten, entbinde er die badischen Sol-

Staatbürger ihres Treueides und verzichte auf den Thron. Diesen Verzicht erklärte er auch für den Prinzen Max von Baden und seine Nachkommen.

London, 21. Nov. (B. V.) Neuter. Die deutschen Kriegsschiffe, die heute übergeben wurden, bestanden aus neun Schlachtschiffen, fünf Schlachtkreuzern, sieben leichten Kreuzern und 50 Zerstörern. In der v-reinbarten Zahl fehlte somit ein Schlachtschiff, ein Schlachtkreuzer und ein leichter Kreuzer. Es wurde indessen erklärt, daß diese Schiffe später übergeben würden. Ein leichter Kreuzer stieß bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank. Die große Flotte geleitete die deutschen Schiffe bis zur Mündung des Forth, wo sie nachts über bleiben wird, um dann nach Scapa weiter zu fahren.

Amsterdam, 22. Nov. (B. V.) Nach einer Neutermeldung aus London schreibt die „Daily Chronicle“: Was immer auch in Zukunft mit den deutschen Kriegsschiffen geschehen wird, wir können sicher sein, daß Deutschland sie niemals zurückhalten wird.

Washington, 21. Nov. (B. V.) Drahtlos. Die gesamten Kriegskosten der Unionstaaten bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes betragen 22083 680 722 Dollar.

Haag, 21. Nov. Der frühere deutsche Kronprinz wurde heute Nachmittag nach der einiainen Insel Wieringen verbracht und dort in einem kleinen Orte, in dem nur einige hüttenähnliche Häuser stehen, interniert. In seiner Begleitung befanden sich der Adjutant Major v. Müller, Hauptmann Rüdner und Rittmeister v. Joubert. Der Kronprinz wird als Privatperson angelesen und nicht bewacht. Er untersteht dem Bürgermeister als dem Chef der Polizei. Der Kronprinz bewohnt ein äußerst einfaches Haus, das für 1000 Gulden für sechs Monate gemietet wurde und zuvor vom Pastor bewohnt war. Sechs Diener stehen dem Kronprinzen zur Verfügung.

Bermischte Nachrichten.

* **Rüdesheim, 25. Nov.** In Erwartung der großen Heeresmassen und zu Ehren der bereits hier durchfahrenden Truppentransporte prangt unsere Stadt im reichen Flaggenschmuck und am Markttor ist eine Ehrenpforte als Willkomm' unserer Helden errichtet. Fast in jedem Haus ist in Erwartung der heimkehrenden Söhne und Väter ein sinniggeschmückter Willkommgruß angebracht. So soll es auch sein! Es kommt weniger auf die kunstvolle Aufmachung als auf den Geist an, aus dem heraus sich diese lächerliche Kundgebungen der dankbaren Liebe äußern.

Ueber die Ankunft der Armee Marwitz wird gemeldet: Die 5. Armee unter dem Oberbefehl des Generals der Kavallerie v. d. Marwitz wird auf ihrem Heimzuge, wie man aus sicherster Quelle erzählt, am 29. November den Rhein überschreiten. Der Uebergang vollzieht sich in drei Heereskolonnen an drei verschiedenen Punkten. Die Hauptmasse, eine Doppelreihe, geht bei Mainz über die Brücken und dann in zwei Reihen nach Osten. Die südliche bewegt sich in der Richtung Groß-Berau, Langen nach Seligenstadt und erreicht hier den Main; die Hauptgruppe, ebenfalls von Mainz kommend, marschirt über Höchst—Frankfurt weiter. Der nördliche Flügel der Armee setzt bei Rüdesheim über den Rhein und geht nach Norden bis zur Lahn, wobei Eins wahrscheinlich nicht mehr berührt wird. Die ganze Durchmarschzeit der gewaltigen Menschenmassen, sowie des umfangreichen Heeresparks durch unser Gebiet wird, falls alles allert vorstatten geht, auf 8—9 Tage berechnet. — Um unserer Bevölkerung von der Ankunft der Truppen Kenntnis zu geben, möchten wir die maßgebenden Stellen ersuchen, dies durch Glockengeläute bekannt zu geben. — General v. d. Marwitz richtete an das Binger Kreisamt folgende Drahlung: „Ich bitte dringend, durch die Ortsbedürden die Einwohner anzuweisen, den Truppen Wein oder sonstigen Alkohol nicht in größeren Mengen zu verabfolgen, da durch unmäßigen Alkoholgenuß die Disziplin bedenklicher Weise gefährdet wird.“

* **Rüdesheim, 25. Nov.** Die auf gestern abend von der sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Volksversammlung im „Felsenkeller“ war von Männern und Frauen sehr zahlreich besucht. Nach Begrüßung der Erschienenen verbreitete sich das Mittel des A. und S. R. in Biederich, Herrn Georg Scheffler, in nahezu 1 1/2 stündigem Vortrage über Deutschlands Zukunft und über die Stellungnahme zur Wahl des hiesigen Arbeiter- und Bauernrates in ausführlicher verständnisvoller Weise. Er ließ die Ereignisse des 52 Monate lang dauernden Krieges, besonders auf politischem Gebiete, Revue passieren und geißelte die Herrschucht Einzelner, die allein es wagen sei, welche uns in den Krieg getrieben habe. Es würde zu weit führen, auf all das hier einzugehen, was der Redner den Zuhörern in klaren, unzweideutigen Worten über die jüngsten Vorgänge, die sich

in unserem Vaterlande abspielten, vor Augen führte. Er warf einen kurzen Blick in die Zukunft und verhehlte nicht, daß den jetzt schon sehr ernsten Tagen und Wochen noch viel ernstere Zeiten folgen werden. Deshalb richtete er an die Anwesenden die dringende Mahnung, Ruhe und Besonnenheit an den Tag zu legen. Besonders sei es notwendig, daß die Wahlen zur Nationalversammlung in aller Kürze stattfinden müßten, was die lebhafteste Zustimmung fand. Sodann hat er, der kommenden Besatzung, die vielleicht mehrere Jahre unser Gebiet besetzen, keine feindliche Haltung einzunehmen und jeden Verkehr (hierbei das weibliche Geschlecht ermahmend) zu vermeiden, der dahinführen könnte den Stolz als Deutscher herabzudrücken. Mag kommen was auch komme, Kopf hoch und die Zukunft soll es zeigen, daß wir Deutsche unser Land, was in Trümmer geraten sei, wieder aufbauen, und daß deutscher Geist, deutsches Wissen und Können in nicht allzu ferner Zeit wieder erwachen möge. Auf die Wahl des hiesigen A. und S. R. eingehend, stellte er fest, daß die Einladung zu dieser Wahl zu spät ergangen sei, daß der weitaus größte Teil der Einwohnerschaft keine Kenntnis von der Wahlenversammlung hatte und der Arbeiterschaft es deshalb nicht möglich gewesen sei, ihrem Rechte bei der Zusammensetzung eines Arbeiter- und Bauernrates Geltung zu verschaffen. Dieserhalb sei die heutige Versammlung einberufen um eine Zusatzwahl vorzunehmen und schlägt Redner vor, den bestehenden Arbeiter- und Bauernrat um sechs weitere Mitglieder zu verstärken. An der anschließenden Aussprache beteiligten sich mehrere Herren, die teils für und teils gegen eine Zusatzwahl eintraten. Herr H. Chr. als Mitglied des A. u. S. R. berichtete über die Tätigkeit des Rates, wofür ihm der Dank durch die Leitung der Versammlung ausgesprochen wurde. Der Vorsitzende, Herr Hans Bloch, gab hierauf die Namen der zu Wählenden bekannt und die Zustimmung erfolgte durch Handaufheben. Es wurden gewählt die Herren Lehrer Stahl, Hans Bloch, Elektrotechniker, Joh. Scheffler, Gärtner, Bal. Fuchs, Buchdrucker, Joh. Kehler, Maurer und Phil. Schmidt, Eisenbahner. Die gemachten Einwendungen gegen die Wahl wurden zurückgewiesen und die Versammlung geschlossen.

* **Rüdesheim, 25. Nov.** Das in der Feldstraße belegene Wohnhaus mit Scheune und Stallung der Erben Anton Barth ging durch Vermittlung des Agenten Peter Rorr von hier, an die Eheleute Wilhelm Hirschel, Fuhrunternehmer von hier durch Kauf zum Preise von 35 000 M. über.

* **Rüdesheim, 25. Nov.** Der Herr Minister des Innern drahtet, daß in Kreisen des vom Feinde zu besetzenden Gebietes immer noch Beunruhigung darüber besteht, daß wehrpflichtige deutsche Arbeiter und Beamte von dort in das Innere Deutschlands zurückgezogen werden müßten. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Auffassung nicht zutreffend ist und daß die Arbeitskräfte auf ihren Arbeitsstellen in den zu räumenden Gebieten zu verbleiben haben. Die ordnungsmäßig entlassenen Wehrpflichtigen haben sich lediglich mit Ausweisen ihrer Militärbehörden zu versehen.

K.-A. Rüdesheim, 25. Nov. Nachdem eine Rüstungsindustrie jetzt nicht mehr besteht, hört auch die Sonderversorgung der Rüstungsindustrie mit Lebensmitteln auf. Unabhängig sind die Bestimmungen über die Sonderzulagen für Schwer- und Schwerarbeiter noch nicht aufgehoben. Diese erhalten auch weiterhin die Brotzulagen nach der Anordnung des Kreisaußschusses vom 21. November 1918. Dagegen kommen die Fleisch- und Fettzulagen in Fortfall, weil diese nur den Arbeitern der Rüstungsindustrie bewilligt waren.

K.-A. Rüdesheim, 25. Nov. Den unausgesetzten Bemühungen des Kreisaußschusses ist es gelungen, von der Provinzialkartoffelstelle die Zuteilung einer weiteren erheblichen Kartoffelmenge zu erlangen, nachdem der Nachweis erbracht ward, daß die Erntemengen im Kreise tatsächlich nicht so groß ausgefallen ist, wie von der Reichskartoffelstelle angenommen wurde. Augenblicklich lassen sich infolge des Stockens des Bahnverkehrs die Kartoffeln selbstverständlich nicht heranschaffen. Bleibt aber das Wetter noch eine Reihe von Wochen günstig, so kann angenommen werden, daß jede Gefahr für die Versorgung des Rheingaukreises mit Kartoffeln beseitigt ist. Größte Sparsamkeit bei den Verbrauchern muß allerdings nach wie vor walten. Alle Haushaltungen müssen ihren Verbrauch so einrichten, daß sie in den Grenzen der Vorschrift (Selbstversorger 1 1/2 Pfund, Versorgungsberechtigte 1 Pfund je Kopf und Tag) bleiben. Wer darüber hinaus Kartoffeln verbraucht, hat die Folgen sich selbst zuzuschreiben. Eine Nachlieferung in solchen Fällen muß als völlig ausgeschlossen gelten.

* **Rüdesheim, 25. Nov.** Zur Besetzung der deutschen Weinbaugebiete schreibt die „Deutsche Weinzeitung“: Darüber muß man sich klar sein, daß weitaus der größte Teil des deutschen Weinbaugebiets

der Okkupation verfällt, deren Dauer natürlich zunächst nicht abzusehen ist. Da mit diesem Hauptgebiet des deutschen Weinbaues auch zahlreiche und bedeutende Hauptstämme des deutschen Weinhandels verbunden sind, so ergeben sich daraus Verhältnisse, deren Folgerungen zunächst noch nicht voll abzusehen sind. Es darf zunächst nicht übersehen werden, daß in dem besetzten Gebiet wohl die Hauptvorräte von deutschen Weinen, nämlich weitaus der größte Teil der letzten Ernte, dann noch bedeutende Bestände von 1917 und den früheren Jahrgängen lagern. Daraus ergeben sich Fragen der Sicherung und Verwertung dieser Lager, andererseits der Versorgung des übrigen Deutschlands, das doch seit mehr als 4 Jahren fast ausschließlich auf die inländischen Ernten angewiesen war und auch zunächst noch angewiesen sein wird. Unter dem ersten bestürzenden Eindruck der Waffenstillstandsbedingungen mag bei manchem linksrheinischen Besitzer der Plan aufgetaucht sein, die lagernden Weine nach rechtsrheinischen, okkupationsfreien Plätzen zu bringen. Allein ganz abgesehen davon, daß die Ausführung dieser Pläne in größerem Umfang schon an dem Transportmangel und der Unmöglichkeit der raschen Unterkunftsversorgung gescheitert wäre, so sind solche Maßnahmen nach den Waffenstillstandsbedingungen unnötig. Für das Weinfach ergibt sich, daß der Verkehr zwischen Süddeutschland und allen anderen Gebieten des Reiches aufrecht erhalten bleibt, daß Post- und Eisenbahnverkehr ruhig weitergehen und daß Entfernungen von Zivilisten ausgeschlossen sind. Dagegen sind Requisitionen mit rechtmäßiger Abrechnung zu erwarten, es können also z. B. Weinvorräte, die bereits Eigentum eines Händlers sind, durch die feindliche Besatzung requiriert werden aber nur gegen Zahlung. Wer also z. B. unbedingten Wert darauf legt, daß eine oder die andere Menge von Wein unter allen Umständen in seinen Besitz gelangt, ihm also nicht durch Requisition gegen Zahlung entzogen wird, der wird Sorge tragen, daß der Bezug dieser Ware, soweit möglich, noch sofort vorgenommen wird. Abgesehen von diesem einen Falle, dürften weiterhin zu beachtende oder auszuführende Maßnahmen kaum in Frage kommen, da Handel und Verkehr nicht gestört werden sollen. In Einklang hiermit steht auch die bereits von der neuen deutschen Regierung getroffene Forderung, daß die Versorgung der linksrheinischen Gebieten mit Lebensmitteln durch die Kriegsgesellschaften usw. unverändert fortgesetzt wird und daß die bestehenden Anordnungen und Einrichtungen unverändert belassen werden, bis allenfallsige Vereinbarungen mit den okkupierenden Mächten geschlossen sind. Aus allen diesen Erwägungen ist ruhiges Abwarten das Beste. Gewiß werden die durch die Besetzung geschaffenen neuen Verhältnisse gar manche Fragen aufwerfen. Die Uebergangsverhältnisse werden vielleicht mehr oder minder Schwierigkeiten bringen. Eine hauptsächlich, vielleicht die größte Sorge wird sein, wie lange der Zustand der Besetzung dauert. Immerhin kann und muß darauf hingewiesen werden, daß doch der eigentliche Kriegszustand aufgehört hat, daß tatsächlich bereits Waffenstillstand und hoffentlich bald auch wirklicher Frieden herrscht. Es liegt uns fern, an dieser Stelle auf politische Fragen einzugehen oder unser Herz auszuschütten über alles, was sich in letzter Zeit ereignete. Aber eines dürfen wir doch betonen, und das ist die Zuversicht, daß Deutschland, und mit ihm der deutsche Handel nie untergehen.

Aus dem Rheingau, 23. Nov. Die Weinlese geht auch dort, wo man möglichst lange damit gewartet hat, ihrem Ende entgegen. Bei den letzten Gewächsen wurden noch erheblich hohe Mostgewichte festgestellt, die bis 100 und 110 Grad erreichten. Es wird also unter den 1918er Weinen auch erste Sachen geben. Man kann beim 1918er darauf rechnen, daß er einen mittleren Jahrgang abgeben wird. Nach und nach werden die Weine schon heller und lassen sich probieren. Geschäftlich herrscht aber tiefste Ruhe. Vereinzelt werden Verkäufe zu 3500—3800 M für das Stück 1918er abgeschlossen.

Griesheim a. M., 23. Nov. Nicht weniger als vier Lastautos waren zur Heranschaffung der „Beute“ des aus dem Felde heimgekehrten Offiziersstellvertreters Schneider in der Waldstraße erforderlich. Als die Mengen wollner Decken, neuer Stiefel und Schuhe, Fleischkonserven u. dergl. m. glücklich in der Wohnung verladen waren, erschien der inzwischen benachrichtigte A. u. S. Rat und beschlagnahmte die gesamte Beute.

Homburg v. d. S., 23. Nov. Inmitten der Vorbereitungen zur Einrichtung des Großen Hauptquartiers in Homburg brach die Revolution aus. Schon am ersten Tage verließen 1000 Soldaten ihre hiesigen Arbeitsstätten und ließen alles im Stich. Da sich niemand um die wertvollen Gegenstände, Schränke, Schreibmaschinen, Kücheneinrichtungen und ungezähltes anderes Mobilar kümmerte, fanden diese bald Liebhaber. Bis jetzt sind für mehr als 500 000 Mark von diesem Mobilar gestohlen.

Hirtenbrief.

Geliebte Diözesanen!

„Falls die Nahrungsmittelversorgung der Städte nicht sichergestellt wird und nicht besser fluppt, als im ganzen Verlauf des Krieges, droht ganz Deutschland eine furchtbare Katastrophe und nicht zuletzt der ländlichen Bevölkerung.“ Mit diesen inhaltsschweren Worten wurde Euer Bischof am vorigen Samstag von dem Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat gebeten, auch in den Kirchen des Bistums auf diese Gefahr aufmerksam machen zu lassen. Ich tue dies tiefbewegten Herzens ob all des Unglücks, das in den letzten Wochen über unser Vaterland und Volk hereingebrochen ist, und voll drückender Sorgen wegen der Zukunft.

Unsere Armeen kehren nach mehr als vierjährigem beispiellosem blutigem Ringen und obwohl Sieger in hundert Schlachten, doch nicht mit dem Erlöse zurück, den wir gewünscht hatten. Die Uebermacht war zu groß; die Entbehrungen waren für das Volk zu schwer und dauerten zu lange; unter ihrem Druck mußte Deutschland sich zu einem Waffenstillstande entschließen, dessen unerhört harte Bedingungen uns mit Hungersnot und all ihren Gefahren bedrohen. Millionen unserer lieben Soldaten strömen in diesen Tagen aus der Kampfzone in die Heimat zurück; seelisch und körperlich durch die unmäßlichen Strapazen und Opfer sowie den unglücklichen Ausgang des Krieges aufs tiefste angegriffen, kehren sie heim. Wir schulden ihnen warmen, unauflöshlichen Dank für alles, was sie für uns getan und gelitten, sowie dafür, daß sie die Heimat vor dem Einbruch der Feinde und trotzloster Verwüstung bewahrt haben. Zeiget ihnen eure Liebe und Dankbarkeit, indem ihr sie nach Kräften mit Speise und Trank versorgt. Mit Nahrung haben wir öfters gelitten, wie unsere braven Soldaten im Feindeslande ihr Essen mit der notleidenden Bevölkerung, besonders den Kindern, teilten. Kein deutsches Herz wird so hart sein, daß es kein kärgliches Brot mit unseren tapferen, friedenliebenden und hungersenden Kriegern, die der Heimat zuhause, nicht teilen wollte.

Die große Masse der Soldaten strebt zunächst den Verkehrsnotenpunkten, den großen Städten zu. Dort wollen sie zugleich mit der Großstadtbevölkerung versorgt werden. Der dadurch drohenden Hungersnot kann nur durch die gutwillige Mitarbeit der Landwirtschaft gehindert werden. Um Gotteswillen bitte ich euch, meine lieben Landwirte, stellt ja nicht aus Mißstimmung und Verärgerung oder gar aus schänder Gewinnucht, die für spätere Zeiten höheren Gewinn aus dem Verlaufe der Produkte erhofft, eure Vorräte ein! Das könnte allerdings für uns alle, nicht am wenigsten für die Dörfer selbst, zu einer furchtbaren Katastrophe führen; die ich nicht weiter auszumalen brauche. Um das zu verhindern, muß jeder an die Sammelstellen abliefern, was er abbringen kann, ohne sich des Notwendigen für den eigenen Haushalt und der Saatfrucht zu berauben. Vergesst nicht des ergreifenden Rufes Jesu: „Mich erbarmt des Volkes, denn sie haben nichts zu essen!“

Zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern sollte jetzt kein Gegensatz sein. Wir alle sind aufeinander angewiesen, wir müssen sein „ein einzig Volk von Brüdern“. Die beiden großen Stände unserer Volkskraft, der Arbeiter- und der Bauernstand, haben größere Gemeinschaftsinteressen als es auf den ersten Anblick scheint. Beide haben im Kriege unter bewundernswürdiger Opferwilligkeit Großes geleistet; die Arbeiter in harter unaufhörlicher Arbeit, die keinen Sonn- und Feiertag kannte, bei schlechter Ernährung; die Landwirte, die, obwohl ihnen Millionen ihrer besten Arbeitskräfte und ihr Vieh entzogen waren, mit Frauen, Kindern und Greisen, trotz Mangel an Futter- und Düngemitteln, für die Allgemeinheit produzierten, was immer dem Acker abzurufen war. Beide müssen auch jetzt einmütig sich zusammensuchen in der Sorge um das Gemeinwohl. Wir alle erstreben ja doch nur, was wir für recht und gut ansehen. Treten wir alle entschieden für soziale Gerechtigkeit und Liebe, für Ordnung und Ruhe im öffentlichen Leben ein, wirkte ein jeder eifrig und pflichttreu auf seinem Posten, dann

werden die nächsten bedrohlichsten Wochen vorübergehen, ohne uns Gefahr zu bringen. Allmählich kommen dann die zugelegten Nahrungsmittel aus dem Auslande, und alles wird besser werden.

Habet nur Mut und Gottvertrauen, liebe Diözesanen! Gott schlägt, aber er heilt auch. Er will uns nicht vernichten, sondern für Zeit und Ewigkeit retten. Er wird den uns zugebundenen Fluch in Segen verwandeln. Groß ist unsere Not, das Vaterland blute aus tausend Wunden, aber größer ist der Helfer in der Not, er kann alle Wunden heilen. Machen wir uns seiner Hilfe würdig, indem wir alle unsere bitteren Enttäuschungen und großen Leiden mit Ergebung tragen, uns demütig unter Gottes gewaltige Hand beugen, aber auch unerschütterlich auf den Herrn vertrauen und uns im Unglück mannhaft und stark erweisen. Dann können wir uns mit aller Kraft und Hingebung, Ruhe und Beharrlichkeit der großen Aufgabe widmen, wiederherzustellen oder noch besser zu gestalten, was zerstört worden ist. Deutschland hat auch jetzt noch große und reiche Kräfte; bei dem bekannten Fleiße, der Tüchtigkeit und Sparsamkeit seiner Bevölkerung wird es in nicht allzu langer Zeit wieder zur vollen Kraft und zu neuer Blüte gelangen.

Vergessen wir nicht in dieser bitteren Not uns Kraft und Gnade von Gott zu erwirken durch Gebet und oftmaligen Empfang der hl. Sakramente. Bete jeder in demütiger Erkenntnis seiner persönlichen Schuld, wie einst Daniel in großer Trübsal gefleht hat: „Du hast uns, o Gott, in die Gewalt unserer Feinde gegeben. Aber um deines Namens willen liefere uns nicht auf immer ihnen aus, sondern laß uns deine Barmherzigkeit erfahren und bei dir mit reuenvollem Herzen und im Geiste der Demut wieder Aufnahme finden.“ (Daniel 3.)

Von ganzem Herzen segne ich Euch im Namen des allmächtigen Gottes, des Vaters und des Sohnes und des hl. Geistes.

Limburg, am Feste der heiligen Elisabeth, den 19. November 1918.

† Augustinus.

Katholische Frauen Deutschlands.

Der „Katholische Frauenbund Deutschlands“, Zentrale Köln, veröffentlicht folgenden vorbereitenden Aufruf:

Die Umwälzungen unserer außer- und innerpolitischen Verhältnisse greifen auch tief in das Frauenleben ein. Wir werden in der nächsten Zukunft noch viel opfern und ertragen müssen; aber die Not der Zeit führt uns auch zur Arbeit, zum unermüdlischen Schaffen.

Die weiblichen Pflichten in unserer Familie, in unseren verschiedenen Berufskreisen, in der selbstlosen sozialcaritativen Arbeit werden uns immer am nächsten stehen. Aber die Not der Zeit verlangt heute mehr. Sie ruft uns auch verbieterisch auf den Schauplatz des öffentlichen Lebens, sie macht uns, Schulter an Schulter mit den Männern, zu Trägerinnen und Mitgestalterinnen unserer staatlichen Entwicklung.

Die Einführung des Frauenwahlrechtes steht in sicherer Aussicht.

Katholische Frauen Deutschlands! Wir haben uns, bisher zurückgehalten, wir sind in den Lärm und Streit der Tagespolitik nicht eingetreten. Viele von euch wünschen vielleicht, dieser Zustand ruhigen, geregelten Frauenwirkens in Haus und Beruf möchte niemals unterbrochen werden; viele von euch sind vielleicht der Meinung, die Frauen gehörten in die politischen Kämpfe nicht hinein, und die Arbeit in den Parlamenten, die Gesetzgebung und damit die Beschlussfassung über die Entwicklung unseres staatlichen Lebens sei eine Sache der Männer. Aber Wünschen und Meinungen einerseits, hartes Mühen andererseits sind zwei verschiedene Dinge. Heute wissen wir, daß wir in den nächsten Tagen oder Wochen vor fertigen Tatsachen stehen werden, denen gegenüber nur das eine gilt: unsere Pflicht zu erfüllen. Diese Pflicht aber verlangt

daß wir die Rechte, die man uns gibt, voll und ganz ausnützen.

Wichtigste Fragen der Religion und Sittlichkeit, des christlichen Familienlebens, der Erziehung unserer Kinder, der Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik der beruflichen Frauenarbeit, der wirtschaftlichen Betätigung, der Vertretung unserer weiblichen Interessen auf allen Gebieten hängen mit der Entwicklung des staatlichen Lebens engste zusammen und werden von ihr im höchsten oder ungünstigen Sinne entschieden.

Wenn ihr also demnächst zur Wahlurne gerufen werdet, dann müßt ihr wissen: es handelt sich um die Sicherung wertvollster Volksgüter, um die Wiederherstellung unserer schwer geschädigten Volkfamilie. Jede wahrhaft weiblich und mütterlich empfindende Frau muß deshalb rechtzeitig an Stelle und bereit sein, für die Sache des Volkes wie für die eigene Sache einzutreten.

Ihr werdet unser neues Recht bei den Wahlen zur Nationalversammlung zum erstenmal ausüben. Alle katholischen Frauen Deutschlands müssen mithelfen, daß in dieser wichtigen Versammlung der Wille unseres Volkes in klarem und entschiedener Weise zum Ausdruck kommt. Darum rüttelt die Säuglinge auf, redet denen an, welche die Größe des Augenblicks nicht begreifen. Stärkt das Verantwortungsbewußtsein der Gläubigen.

Es geht um den Wiederaufbau unseres Vaterlandes, das der Krieg äußerlich und innerlich mit tausend Wunden geschlagen hat, es geht um die höchsten und letzten Ideale.

Tretet unermüdlisch dafür ein, daß die Nationalversammlung bald einberufen wird. Nur sie kann den gesetzlichen Zustand unseres Volkes und damit Recht und Ordnung wiederherstellen. Die Forderung, die ihr im täglichen Verkehr, in euren Vereinen, in öffentlichen Rundebungen immer von neuem ausspricht, wird dann endlich zu einem Rufe anschwellen, den man nicht mehr zu überhören wagt.

Was ist feiner das Gebot der Stunde? Ihr müßt euch über den Bau und das Leben des Staates, über die Betätigung der Parlamente und das Programm der verschiedenen Parteien, endlich über die Umwälzungen der Gegenwart und deren rechtlichen Charakter genau unterrichten. Ihr müßt euch eine klare und entschiedene Meinung darüber bilden, nach welchen Grundsätzen ihr die Neugestaltung Deutschlands beeinflussen wollt, um das Wohl unseres Volkes in der richtigen Weise zu dienen. Ihr müßt wissen, welche Männer bisher die von uns anerkannten Grundsätze im öffentlichen Leben vertreten haben, und müßt mit ihnen Fühlung und Zusammenarbeit suchen. Und dann müßt ihr bereit sein, mutig und arbeitsfreudig zu folgen, wenn der Ruf zum geschlossenen Eintritt in das politische Leben an euch ergeht. Dem in engerer Vereinigung als katholische Frauen und als deutsche Frauen wollen wir in die neue Zeit hineingehen.

Die katholischen Frauenorganisationen werden in Verbindung mit den Männern, die unter Grundgrundsätze bisher vertreten haben, für unsere politische Betätigung Richtlinien aufstellen und uns führend voranschreiten.

Jede katholische Frau sollte deshalb einer katholischen Frauenorganisation angehören.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

Stempel, in jeder Aus-Größe werden preiswert und schnellstens geliefert von **A. Meier :: Rüdeshheim.**

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

J. Heinz, Auktionator,

Bermittler von Hypotheken und Immobilien

Rheinstraße 31.

Telefon Nr. 187.

Weihnachten in Bethel.

In unruhiger und dunkler Zeit sehnt sich die Welt nach Licht und Frieden. Friede auf Erden und Licht für die trauernden Herzen, das wünschen wir uns alle als größtes Weihnachtsgeschenk. Darum blicken wir aus Not und Leid der Erde auf das himmlische Kind, das arm wurde, um uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Abglanz dieser ewigen Liebe sollen die Weihnachtsgaben sein, um die wir wiederum die Freunde von Bethel bitten. Fast 3500 Kranke, Kinder und Heimatlose sind hier gesammelt. Dazu kommen die verwundeten Krieger, von denen nun schon fast 23000 hier versorgt wurden und etwa 1800 unsere Weihnachtsgäste sein werden. Für alle hoffen wir auf eine kleine Gabe. Je schwerer die Zeit, um so mehr Hilfe haben wir nötig. Alles nehmen wir dankbar an: Kleidungsstücke, Tabak und Zigarren, Bilder, Bücher, Spiele oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreuen kann. Je eher es geschieht wird, um so dankbarer sind wir.

Mit herzlichem Weihnachtsgruß an die Freunde von Bethel

F. v. Bodelschwingh, Pastor.

Bethel bei Bielefeld, im November 1918.



Küchenstreifen - Schrankpapier
Garten- und Butterbrodpapier
empfiehlt
A. Meier, Kirchstraße, Rüdeshheim.

Unterricht
in
Violin
Klavier
sowie sonstigen

Blasinstrumenten

erteilt aufs gründlichste, ferner übernehme ich auch **Klavierstimmen** und **Reparaturen** sämtlicher Solinstrumente.

Jakob Rüdell
geb. Militär-Musiker
Rüdeshheim a. Rh.
Klunckershof 4.

Ein Paar
Mädchenschuhe
Nr. 38 abzugeben.
Friedrichstr. 12.

Sekt

nur zudergesüßt kauft u. erbitte Preisangebote mit Markenangabe, **Sans Bähr, Berlin-Friedenau, Kaiserallee 114.**

Eine Frau sucht Arbeit im **Waschen und Putzen**
Näheres in d. Exp. d. Bl.

Radiermesser
: Taschen- :
Federhalter

Brieföffner
Taschenstift

: empfiehlt :
A. Meier
Rüdeshheim